

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 239  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 2. September 1932

## Die Wiener Schlichtungsstellen im ersten Halbjahr des heurigen Jahres.

In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohnungswesen ist über die Tätigkeit der Wiener Schlichtungsstellen in der Zeit vom 1. Jänner bis zum 30. Juni 1932 berichtet worden. In der Berichtszeit galt nach der Mietzinsnovelle von 22. Juni 1929, die bekanntlich eine stufenweise Erhöhung der Mietzinse vorgesehen hatte, für Wien ein Hauptmietzins in der Höhe des zweitausendsiebenhundertfachen, beziehungsweise bei grösseren Wohnungen des dreitausendfachen Friedenszinses. Dieser Hauptmietzins kann jedoch, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, durch Vorentscheidungen der Schlichtungsstellen erhöht werden. In den ersten sechs Monaten des heurigen Jahres sind nun bei den Wiener Schlichtungsstellen 1930 Anträge auf Erhöhung des Hauptmietzinses eingebracht worden, während im ersten Halbjahr des vorigen Jahres 2.722 solche Anträge eingebracht worden waren. Es ist somit eine Abnahme um rund 29 Prozent festzustellen; der Grund hierfür dürfte darin liegen, dass im ersten Halbjahr des Vorjahres der Hauptmietzins geringer war. Im ersten Halbjahr des heurigen Jahres haben die Wiener Schlichtungsstellen in 531 Fällen die beantragte Erhöhung bewilligt, und zwar in 106 Fällen eine Erhöhung vom Zweitausendsiebenhundert<sup>ein</sup>fachen bis zum Dreitausendfachen, in 199 Fällen vom Dreitausendeinfachen bis zum Viertausendfachen, in 123 Fällen vom Viertausendeinfachen bis zum Fünftausendfachen des Friedenszinses und in 103 Fällen eine Erhöhung über das Fünftausendfache des Friedenszinses hinaus. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren in 876 Fällen Hauptmietzinserhöhungen bewilligt worden, und zwar 304 vom Zweitausendvierhundertfachen bis zum Dreitausendfachen, 369 vom Dreitausendeinfachen bis zum Viertausendfachen, 101 vom Viertausendeinfachen bis zum Fünftausendfachen des Friedenszinses und 102 über das Fünftausendfache des Friedenszinses hinaus. Durch die von den Schlichtungsstellen in den ersten sechs Monaten des heurigen Jahres bewilligten Mietzinserhöhungen sind insgesamt 8.786 Wohnungsparteien betroffen worden. 291 Anträge auf Erhöhung des Hauptmietzinses haben die Wiener Schlichtungsstellen in der Berichtszeit abgewiesen, während in den ersten sechs Monaten des Vorjahres 322 solche Anträge abgewiesen worden waren.

Bei allen Wiener Schlichtungsstellen sind im ersten Halbjahr des heurigen Jahres insgesamt 6.933 Anträge eingelaufen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres 7.351 Anträge eingebracht worden waren. Von den erwähnten 6.933 heuer im ersten Halbjahr eingebrachten Anträgen waren 1.930 auf Erhöhung des Hauptmietzinses gerichtet, 2.150 verlangten die Ueberprüfung der Betriebskosten, 542 waren Anträge der Mieter auf Vornahme von Erhaltungsarbeiten, 387 betrafen das Entgelt bei Untermieten, 1.902 bezweckten, den Vermieter zur Vorlage der Verrechnungen zu verhalten, und 22 Anträge bezogen sich auf sonstige Streitfälle. Zum Vergleich seien wieder die ersten sechs Monate des Vorjahres herangezogen; in dieser Zeit waren ausser 2.722 Anträgen auf Erhöhung des Hauptmietzinses 2.016 Anträge auf Ueberprüfung der Betriebskosten, 406 auf Vornahme von Erhaltungsarbeiten, 262 Anträge, die das Entgelt bei Untermieten betrafen, 1.963 Anträge, den Vermieter zur Vorlage der Verrechnungen zu verhalten, und 42 sonstige Anträge eingebracht worden. Im ersten Halbjahr des heurigen Jahres sind von den Wiener Schlichtungsstellen 701 Vergleiche abgeschlossen und 5.006 Vorentscheidungen gefällt worden; in 1.051 Fällen sind die eingebrachten Anträge zurückgezogen oder wegen Unzuständigkeit abgelehnt worden. In den ersten sechs Monaten des Vorjahres waren 754 Vergleiche abgeschlossen, 5.876 Vorentscheidungen gefällt und 1.216 Anträge zurückgezogen oder wegen Unzuständigkeit abgelehnt worden. Die Summe der in den ersten sechs Monaten des heurigen Jahres durch die Wiener Schlichtungsstellen bewilligten Instandhaltungskosten beträgt 2.225.487 Schilling gegenüber 4.746.699 Schilling in der gleichen Zeit des Vorjahres.